

PROF. DR. DR. h.c. SPIROS SIMITIS

Röderweg 11  
61462 Königstein  
Telephon  
Telefax

15/2/03

Τό είναι, οι υπηρεσίες, οτι αλληγορω.

Με αλληγορω ευχαριστώ

Με

*Frankfurter Rundschau*

Samstag, 15. Februar 2003 · Nr. 39 · S/R/D

# Der europäische Weg

## Heinrich August Winkler zur deutschen Irak-Politik

Der amerikanische Druck auf die UN wächst, und Europa ist ins Schleudern geraten. Zu seiner eigenen Überraschung ist Deutschland dabei zu einem Hauptakteur geworden. Über die Art und Weise, wie die Regierung diese Rolle ausfüllt, wachsen allerdings die Irritationen, im Inland wie im Ausland. - Heinrich August Winkler ist Professor für Neueste Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität und hat sich immer wieder in politische Debatten eingeschaltet. Im Jahre 2000 ist seine zweibändige Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert erschienen („Der lange Weg nach Westen“, C.H. Beck Verlag). Das Gespräch führte Ulrich Speck.

**FR: Edmund Stoiber hat den Kanzler mit Wilhelm II. verglichen. Sehen auch Sie Ähnlichkeiten?**

**Heinrich August Winkler:** Bei Wilhelm II. denke ich an Säbelrasseln, an eine Stimmung nach dem Motto: Besser jetzt als später in den Krieg ziehen. Mir ist nicht bekannt, dass von Schröder Ähnliches zu hören gewesen wäre. Der Vergleich ist absurd.

**Dennoch wächst der Eindruck, dass die Regierung derzeit außenpolitisch weit mehr Porzellan zerschlägt, als es im Sinne des beschlossenen Kurses nötig scheint.**

Es hat schwerwiegende Fehler gegeben. Ein Fehler war es, vom „deutschen Weg“ zu sprechen. Auch wenn sich das zunächst nur auf die Innenpolitik beziehen sollte - die Formulierung war eben auch außenpolitisch ausdeutbar und daher äußerst missverständlich. Ein Fehler war es auch, den Eindruck zu erwecken, als seien die Ergebnisse der Irak-Inspektoren für Deutschland unerheblich, indem man ein „Ja“ im UN-Sicherheitsrat kategorisch ausgeschlossen hat. Die USA mögen sich machtpolitisch Unilateralismus leisten können, Deutschland kann es nicht. Deutschland kann nur einen europäischen Weg anstreben, zusammen mit Frankreich und möglichst vielen europäischen Verbündeten. Der europäische Weg wird um so dringlicher, als am Beginn dieser transatlantischen Krise eine neue amerikanische Strategie steht, eine Strategie, die in ihrer Dramatik hierzulande noch kaum Kenntnis genommen wurde: die National Security Strategy vom 17. September letzten Jahres. Vor diesem Hintergrund müsste der Irak-Konflikt diskutiert werden - doch das geschieht derzeit in Deutschland so gut wie gar nicht.

**Die neue Strategie bedeutet eine vollständige**

Deutschland nach 1945 ist völlig irreführend. In Deutschland ging es um die Wiederherstellung einer Demokratie. Im arabischen Nahen Osten fehlen die Grundlagen für eine westliche Demokratie. Es wäre schon viel erreicht, wenn man dort den Menschenrechten mehr Geltung verschaffen könnte.

**Welche Optionen gibt es für Deutschland in dieser Lage?**

Deutschland muss auf eine europäische Gemeinschaft setzen, um in UN und Nato als Korrektiv zu einer Globalstrategie wirken zu können, die außerordentlich gefährlich ist. Selten ist ein Krieg auf so wenig realistische Szenarien für die Folgezeit abgestützt und so sehr von missionarischem Wunschdenken begleitet gewesen wie der zu befürchtende Krieg im Irak - mit allen Folgen für die Destabilisierung der Region und die Verstärkung des internationalen Terrorismus. Nach dem offenen Brief der acht Regierungschefs müssen wir allerdings davon ausgehen, dass eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik noch in weiter Ferne liegt. Folglich kann es für Deutschland nur darum gehen, sich zunächst auf's Engste mit denen in der EU abzustimmen, die ebenfalls ein stärkeres Gewicht Europas in die Waagschale werfen wollen. Dazu gehören auch größere Anstrengungen bei der Verteidigung als bisher. Wir können uns in der Abwehr des internationalen Terrorismus nicht von Amerika trennen, aber wir dürfen uns auch nicht ausschließlich von Amerika abhängig machen.

**Welche Chancen bietet der jüngste Schulterabschluss mit Frankreich, Russland und China?**

Es ist im Augenblick eine wichtige, aber eben nur zeitweilige Entlastung, dass Paris, Berlin, Moskau und Peking in einer Frage, der verlängerten Fristen für die Waffeninspektoren, übereinstimmen. Aber es gibt keine euro-asiatische Wertegemeinschaft von Paris bis Peking. Infolgedessen gibt es keine Alternative zu den Bemühungen, die EU zu einer politischen Union auszubauen, mit einer eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen des atlantischen Bündnisses.

**Gehen die tektonischen Verschiebungen in der Weltpolitik, wie wir sie derzeit erleben, nicht letzten Endes auf den Umbruch von 1989 zurück? Löst sich nicht mit „dem Osten“ auch „der Westen“ auf?**

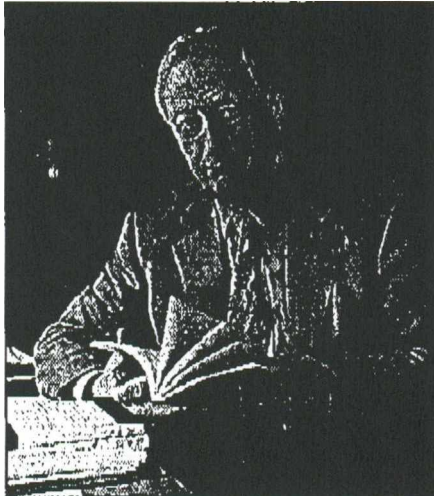
Die Zeit zwischen dem Fall der Mauer und dem 11. September 2001 wird wohl eines Tages als Latenzphase der Durchsetzung

*Kannst vielleicht noch lesen. Herzlich  
Liebe Kostas  
Du das im Flugzeug*

rity Strategy vom 17. September letzten Jahres. Vor diesem Hintergrund müsste der Irak-Konflikt diskutiert werden – doch das geschieht derzeit in Deutschland so gut wie gar nicht.

*Die neue Strategie bedeutet eine vollständige Neuausrichtung amerikanischer Welt-politik?*

Es handelt sich um eine Art Manifest für das 21. Jahrhundert, das so etwas wie die informelle Weltherrschaft der USA proklamiert. Die UN werden nur noch ernst genommen, insofern sie tun, was die einzige verbliebene Weltmacht will. Das ist eine



Heinrich August Winkler. (Bild: Bernd Heinz)

kaum verschleierte Form des Unilateralismus. Doch auf dieser Basis kann man nicht mit Verbündeten operieren. Verbündete müssen in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Die atlantische Gemeinschaft hält diese Arroganz der Macht nicht aus, zumal mit ihr die Aufkündigung des Kernbereichs des Völkerrechts verbunden ist. Chirac hat am 24. September letzten Jahres in Kopenhagen erklärt, Frankreich widersetze sich der neuen Präventivkriegsstrategie „total“. So klare Äußerungen waren aus Deutschland nicht zu vernennen.

Für eine Auseinandersetzung mit der neuen Strategie ist es höchste Zeit – es handelt sich um eine Überlebensfrage für die UNO wie für die Nato. Wenn man das Völkerrecht weiter entwickeln will, weil man meint, es reicht für den Kampf gegen den Terrorismus nicht aus, dann muss das innerhalb der Vereinten Nationen geschehen.

*Die neue Strategie könnte auch die Motive für den Irak-Krieg erhellen: Geht es weniger um den Kampf gegen Terror als darum, Saddam zu hindern, eine Regionalmacht zu etablieren?*

Der Irak-Krieg ist auch eine Probe auf's Exempel. Wer die Arbeiten der neokonservativen Think-Tanks in den USA ernst nimmt, muss davon ausgehen, dass der Irak nur der erste Fall der Durchsetzung der neuen Sicherheitsstrategie ist. Die Frage „Who is next?“ drängt sich auf. Im Gespräch sind Syrien und der Iran – obwohl die allergrößte Gefahr von Nordkorea ausgeht.

Die immer wieder vorgebrachte Annahme, man könnte mit Waffengewalt im Nahen Osten amerikafreundliche westliche Demokratien schaffen, ist Ausdruck ahistorischen Wunschdenkens. Der Vergleich mit

*nicht letzten Endes auf den Umbruch von 1989 zurück? Löst sich nicht mit „dem Osten“, auch „der Westen“ auf?*

Die Zeit zwischen dem Fall der Mauer und dem 11. September 2001 wird wohl eines Tages als Latenzphase der Durchsetzung der globalen Hegemonie der USA bezeichnet werden. Der 11. September hat die Neigung der USA zum unilateralen Vorgehen radikalisiert. Zur Zeit sind es die Kräfte, die Rumfeld als Alteuropäer bezeichnet, die westliche Werte und Rechtstraditionen am nachdrücklichsten verteidigen. Auch in einer ungewohnten Himmelsrichtung. Die neue Sicherheitsstrategie stellt zentrale Errungenschaften des Westens in Frage, vor allem die Achtung des Angriffskriegs und die äußerst restriktiven Bedingungen für einen Präventivkrieg, wie sie in der UNO-Charta niedergelegt sind. Die Europäer müssen versuchen, die neue Weltordnung im Sinne der westlichen Werte und der westlichen Völkerrechtstradition zu gestalten. Wenn sie das unterlassen, wird der Begriff „westliche Wertegemeinschaft“ zur Leerformel. Dann verliert die Nato ihre normative Basis.

*Sie insistieren auf der zentralen Rolle Europas. Was könnte man tun, um diesen Akteur wieder zusammenzuflicken?*

Diejenigen europäischen Staaten, die sich einig sind, dass es um die Bewahrung des Völkerrechts geht, müssen sich enger zusammenschließen. Es gibt auch in einigen Staaten, deren Regierungschefs den Brief der Acht unterschrieben haben, Mehrheiten für eine solche Politik. Ich glaube nicht, dass sich Blair, Aznar oder Berlusconi mit ihrem Kurs in ihren Ländern behaupten können. Es kommt darauf an, in der EU für die Bewahrung der westlichen Werte zu kämpfen, auch in intensiven Gesprächen mit den neuen Mitgliedern, die bei dem Begriff „Westen“ offensichtlich mehr an Washington als an Brüssel denken. Entscheidend ist, dass die Europäer ihr sicherheitspolitisches Defizit überwinden und das Ziel eines politisch handlungsfähigen Europa nicht aus dem Auge verlieren.

*In Sachen Irak hat man bisher nichts von einem Alternativplan der EU gehört. Kann man es sich noch leisten, sich allein auf den Schutz des Völkerrechts zurückzuziehen und auf eigene politische Initiativen zu verzichten?*

Es ist gewiss zu wenig. Wenn wir aber das Völkerrecht weiter entwickeln, darf das nicht unilateral geschehen. Im Übrigen haben die westlichen Verbündeten auch ohne UNO-Mandat im Kosovo interveniert. Doch dies geschah zur Abwehr eines laufenden Völkermordes. Zwischen der damaligen und der heutigen Situation gibt es keine Parallele. Allerdings hat Europa die Konsequenzen aus seinem Versagen auf dem Balkan nicht gezogen. Vielleicht formt sich jetzt in der Auseinandersetzung mit der neuen amerikanischen Strategie so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit. Diese würde sich über kurz oder lang wohl auch in den meisten Staaten durchsetzen, die sich jetzt für die amerikanische Position ausgesprochen haben. Das wäre die optimistische Variante. Das pessimistische Szenario hingegen wäre, dass sich Europa dauerhaft zerstreitet. Und damit die größte Chance seiner Geschichte verspielt: das Zusammenwachsen von West- und Osteuropa zu gestalten.